

# Konzern- verantwortungs- initiative

**JA!**



Konzern-  
verantwortungs-  
initiative

**Public Eye**

Handlungsbedarf S. 2 | Hintergrund S. 4  
Misstände S. 5 | Argumente S. 6 | Aussensicht S. 7

# Engagiert in den Endspurt



Die Konzernverantwortungsinitiative fordert eine eigentliche Selbstverständlichkeit: Konzerne mit Sitz in der Schweiz sollen bei ihren Geschäften weltweit sicherstellen, dass sie die Menschenrechte respektieren und Umweltstandards einhalten. Wer einen Schaden verursacht, soll dafür geradestehen. Wird die Initiative angenommen, haftet ein Konzern mit Sitz in der Schweiz künftig für den Schaden, den eine Tochterfirma im Ausland begangen hat – ausser er kann aufzeigen, dass er die nötigen Massnahmen ergriffen hat, um den Schaden zu verhindern.

**In den kommenden Monaten geht der Kampf um den Schutz von Menschenrechten und die Einhaltung von Umweltstandards in die entscheidende Phase. Nun braucht es Engagement, Überzeugung – und die richtigen Argumente.**

## FLAGGE ZEIGEN

### Wir müssen noch sichtbarer werden!

Klar ist: Viel Zeit, um möglichst breit für unser Anliegen zu mobilisieren, bleibt nicht. Ob uns bald der Abstimmungskampf bevorsteht oder ob das Parlament vorerst weiter über einen Gegenvorschlag berät – eines steht fest: Eine möglichst grosse Sichtbarkeit ist für unser Anliegen von grösster Bedeutung. Auch ein überzeugender Gegenvorschlag hat nur dann eine Chance, wenn nicht nur wir, sondern auch die Rätinnen und Räte weiterhin überzeugt sind, dass wir die Abstimmung gewinnen können. Dass schweizweit bereits 20 000 orange Fahnen hängen, bevor der Abstimmungskampf überhaupt begonnen hat, ist schon mal ein starkes Zeichen. Darauf wollen wir aufbauen. Bitte hängen auch Sie eine Fahne auf, wenn Sie das noch nicht getan haben. Ersetzen Sie Ihre ausgebleichte Fahne. Und fordern Sie Freunde und Nachbarinnen

dazu auf, ebenfalls mit einer orangen Fahne Farbe zu bekennen. Oder zeigen Sie in der Badi, beim Einkaufen oder im Ausgang mit einer Stofftasche Ihre Unterstützung für die Initiative. Sollte der Gegenvorschlag scheitern, wird es erst recht entscheidend sein, im Hinblick auf die Abstimmung Flagge zu zeigen. Denn unser Budget für Plakate und andere Werbemassnahmen wird im Vergleich mit der geballten Finanzkraft der Wirtschaftslobby bescheiden sein.

➔ Jetzt gratis Fahne und Tasche bestellen mit der Antwortkarte im Public Eye Magazin – oder unter [konzern-initiative.ch/material-bestellen](http://konzern-initiative.ch/material-bestellen)



« Da wir alle – direkt oder indirekt – Produkte der Multis konsumieren, auf die wir mit unserer Initiative abzielen, sind wir widerlichen Geschäftsmethoden ausgeliefert. Denn wir können noch so lange bio und lokal einkaufen oder uns nach alternativen Produkten umsehen; es ist unmöglich, die Produkte von gewissenlosen Multis komplett zu meiden. »

Marion Mendelzweig, 60, Regionalgruppe Waadt

## SICH ENGAGIEREN

### Werden Sie Teil eines Lokalkomitees!

Die bescheidenen Mittel sind aber kein Grund, sich Sorgen zu machen. Unsere Seite verfügt zwar nicht über viel Geld, aber dafür über ganz viele sehr engagierte Menschen. Im letzten halben Jahr ist die Zahl der Lokalkomitees mit Engagierten auf über 200 angewachsen. In sämtlichen Gemeinden mit mehr als 8000 Einwohnerinnen und Einwohnern sind Leute daran, Aktionen zu planen oder haben bereits solche durchgeführt. In den grossen Städten gibt es mehrere Komitees, oft eines in jedem grösseren Quartier.

Die breite Unterstützung unseres Anliegens wird so immer deutlicher. Kein Wunder also, beurteilten in den letzten Wochen und Monaten mehrere Expertinnen und Politikbeobachter die Konzernverantwortungsinitiative als gewinnbar – was ja generell für Initiativen die Ausnahme ist. Unsere Kampagne ist breiter abgestützt und langfristiger vorbereitet als die meisten Volksinitiativen. Wir können diese Initiative gewinnen. Und wir werden sie gewinnen, wenn wir unsere Stärken voll ausspielen und optimal mobilisieren. Dafür brauchen wir Sie! Gehen Sie – nachdem Sie Ihre Fahne aufgehängt und gestrafft haben – noch einen Schritt weiter: Treten Sie einem Lokalkomitee bei oder gründen Sie gleich selber eines – egal, wie klein Ihre Wohngemeinde ist.

Über [konzern-initiative.ch/lokalkomitees](https://konzern-initiative.ch/lokalkomitees) finden Sie eine Auflistung aller bereits existierenden lokalen Unterstützungskomitees, denen Sie ganz einfach beitreten können. Ihr Quartier, Ihr Dorf, Ihre Gemeinde ist noch nicht präsent? Dann können Sie über das Formular auf

dieser Seite gleich mit dem Kampagnensekretariat Kontakt aufnehmen. Es unterstützt Sie gerne bei der Gründung eines neuen Lokalkomitees.

→ Jetzt Lokalkomitee gründen – oder einem beitreten unter: [konzern-initiative.ch/lokalkomitees](https://konzern-initiative.ch/lokalkomitees)

## DAS UMFELD ÜBERZEUGEN

### Wir müssen reden!

Was ebenso wichtig ist: Je mehr Menschen wir mit unserem Anliegen und unseren Argumenten erreichen, desto besser. Deshalb: Sprechen Sie über die Initiative, überzeugen Sie Ihre Freunde und Freundinnen, Ihre Bekannten und Verwandten, Ihre Nachbarn, Ihre Kolleginnen auf der Arbeit.

Wenn jedes Mitglied von Public Eye zwanzig Personen überzeugt, sind das alleine eine halbe Million Ja-Stimmen – ungefähr ein Drittel dessen, was nötig ist, um die Abstimmung zu gewinnen. Bereits bei der Unterschriftensammlung hatten die Mitglieder von Public Eye einen Viertel der nötigen Unterstützerinnen und Unterstützer organisiert. Gemeinsam wird es uns gelingen, noch viel mehr Menschen zu überzeugen.

→ Wir haben Ihnen dafür auf der folgenden Doppelseite nochmals kurz und kompakt **unsere stärksten Argumente** zusammengefasst.



# Worum es geht

Die Konzernverantwortungsinitiative – in wenigen Worten auf den Punkt gebracht



## WARUM BRAUCHT ES DIE KONZERNVERANTWORTUNGSINITIATIVE?

Es gibt Konzerne mit Sitz in der Schweiz, die Menschenrechte und internationale Umweltstandards verletzen. So vergiftet zum Beispiel Glencore Flüsse in Kolumbien, vertreibt mit Gewalt indigene Bäuerinnen in Peru und schädigt Menschen in Sambia mit ätzenden Schwefeldioxidwolken – ohne Konsequenzen befürchten zu müssen. Diesen Missstand wollen wir angehen. Unsere Initiative fordert eine Selbstverständlichkeit: Wenn Konzerne das Trinkwasser verseuchen oder ganze Landstriche zerstören, sollen sie dafür geradestehen.



## WIE ERKLÄREN SIE DIE INITIATIVE IN ALLER KÜRZE?

Wenn Sie nur ganz kurz Zeit haben, sagen Sie in etwa: Glencore vergiftet Flüsse in Kolumbien und die Luft in Sambia. Der Basler Konzern Syngenta verkauft tödliche Pestizide, die bei uns schon lange verboten sind. Und die Manager des Zementriesen Lafarge-Holcim haben mit der Terrormiliz IS geschäftet. Immer wieder verletzen Konzerne mit Sitz in der Schweiz die Menschenrechte und ignorieren minimale Umweltstandards. Die Konzernverantwortungsinitiative verhindert, dass weiterhin Menschen geschädigt und die Umwelt zerstört werden. «Tönt eigentlich ziemlich vernünftig», dürfte sich Ihr Gegenüber da wohl sagen.

Wenn Ihnen noch etwas Zeit bleibt, können Sie folgende Punkte ergänzen:

- **Nicht länger die Augen verschliessen**  
Viele Manager und Managerinnen grosser Konzerne wissen, wo ihre Geschäfte mit den Menschenrechten in Konflikt stehen. Doch manche von ihnen gewichten den Profit höher als den Schutz von Mensch und Umwelt. Deshalb braucht es die Konzernverantwortungsinitiative.
- **Wer einen Schaden anrichtet, muss dafür geradestehen**  
Damit sich auch dubiose Konzerne an das neue Gesetz halten, müssen Verstösse Konsequenzen haben. Konzerne sollen deshalb in Zukunft für Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen haften, die sie verursachen.
- **Eine Lösung mit Augenmass**  
Die Haftung ist auf Unternehmen beschränkt, über die ein Konzern tatsächlich die Kontrolle ausübt. Wer verantwortlich wirtschaftet, hat nichts zu befürchten. Viele Länder haben bereits ähnliche Gesetze verabschiedet, beispielsweise gegen Kinderarbeit oder den Handel mit Mineralien aus Risiko- und Konfliktgebieten.



« Der Gedanke, dass man gegen die Prinzipien und Wertevorstellungen sein kann, die der Initiative zugrunde liegen, scheint mir absurd. Wir sollten nicht zwischen einem verantwortungsvoll hergestellten Produkt wählen müssen und einem, für das grundlegende Rechte missachtet wurden. Auf unternehmerischer Ebene muss man sich davon verabschieden, dass der Profit vor allem anderen kommt. Die Norm müssten verantwortungsvolle Produkte und Konzerne sein – und nicht umgekehrt! »

Sylvia Basterrechea, 25, Regionalgruppe Genf



« Wenn wir wollen, dass Verletzungen von Menschenrechten und Umweltstandards aufgrund von Profitinteressen ein Ende haben, müssen wir dort zu handeln beginnen, wo wir etwas bewirken können. Durch die Konzernverantwortungsinitiative können wir handeln – tun wir es! »

Nora Moor, 30, Regionalgruppe Bern

# Was wir verhindern

Verletzte Menschen, zerstörte Umwelt – wegen solcher Fälle braucht es die Initiative

Was ebenso hilft, um Ihr Gegenüber davon zu überzeugen, wie wichtig eine Annahme der Konzernverantwortungsinitiative ist:

**! Aufzeigen, welche konkreten Missstände damit angegangen werden sollen.**

Sie können etwa von **Gewaltanwendungen in Peru** erzählen: Filmaufnahmen zeigen, wie Glencore-Wachmänner 2018 über die Weihnachtstage indigene Bäuerinnen mit Steinen bewarfen, um sie von ihrem angestammten Land zu vertreiben. Dieselbe Mine war bereits im April 2018 in den Schlagzeilen: Schon damals hatten Polizisten und Glencore-Angestellte peruanische Frauen mit Gewalt vertrieben, um ihre Kupfermine zu vergrössern – koste es, was es wolle.

Sie können auf das **vergiftete Trinkwasser in Kolumbien** zu reden kommen, wo ebenfalls Glencore Teile einer der weltweit grössten Kohleminen – El Cerrejón – betreibt. Der Kohleabbau auf 70 000 Hektaren führt zu hoher Feinstaubbelastung, und Industrieabwasser verschmutzt den Fluss Ranchería, der rund 450 000 Menschen mit Wasser versorgt. Die hohen Schwermetallkonzentrationen schädigen vor allem die indigenen Wayuu-Gemeinschaften. Lokale Ärztinnen und Ärzte beobachten viele Fälle von Brust- und Lungenkrebs.

Ein weiteres Glencore-Beispiel gefällig? Dann können Sie von den **tödlichen Schwefeldioxidwolken in Sambia** berichten. Das Kupferschmelzwerk von Mopani ist wegen hochgiftigen Schwefeldioxids in seinen Abgasen immer wieder in den Schlagzeilen. Die Rundschau von SRF hat mehrere Todesfälle dokumentiert, welche Ärztinnen und Ärzte auf das Werk zurückführen. Nach über zehn Jahren hat Glencore nun zwar endlich eine Schwefelrückhalteanlage eingebaut, dennoch überschritten die Abgase die Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation WHO

auch 2019 immer wieder massiv. Bewohnerinnen und Bewohner der Minenstadt Mufulira schilderten, wie giftige Wolken durch die Quartiere waberten. Mitarbeitende von Public Eye haben selbst gesehen, wie die Blechdächer der Häuser und Hütten regelrecht weggeätzt wurden. Und sie sprachen mit Hinterbliebenen und mit Menschen, deren Gesundheit durch den Schwefel beeinträchtigt ist. Diesen Sommer hat Glencore das Werk für Wartungsarbeiten vorübergehend stillgelegt.

Natürlich gibt es auch Beispiele von anderen multinationalen Konzernen mit Sitz in der Schweiz. Sie können etwa auf die Landarbeiter in Indien hinweisen, **die von einem Syngenta-Pestizid vergiftet wurden**. Im zentralindischen Distrikt Yavatmal wurden 2017 innert weniger Wochen Hunderte Bauern und Landarbeiter ins Spital eingeliefert, nachdem sie Pestizide ausgebracht hatten. Über 20 von ihnen starben. Ein für die Vergiftungswelle mitverantwortliches Insektizid – «Polo» mit dem Wirkstoff Diafenthuron – stammte aus der Schweiz. Allein nach Indien hatte Syngenta 2017 75 Tonnen des Wirkstoffs exportiert – obwohl dieser hierzulande längst nicht mehr zugelassen ist. Im Sommer 2018 besuchte Public Eye in Indien zahlreiche Bauern, die «Polo» benutzt hatten – und sich danach im Spital wiederfanden. Syngenta streitet bis heute jegliche Verantwortung für die Vergiftungswelle ab.

Und schliesslich können Sie auch noch die mutmassliche **Verbindung zwischen Lafarge-Holcim und der Terrormiliz Islamischer Staat** erwähnen. Die französische Justiz ermittelt wegen Terrorfinanzierung gegen den Baustoffhersteller mit Sitz in Rapperswil-Jona. Diesem wird vorgeworfen, zwischen 2012 und 2015 Zahlungen an die Terrormiliz Islamischer Staat geleistet zu haben, um ein Zementwerk in Jalabiya, im Nordosten Syriens, aufrechterhalten zu können. Das Beispiel zeigt, dass einige Manager sogar inmitten von Kriegsgebieten den Profit höher gewichten als ein Mindestmass an Verantwortung.

« Wenn Konzerne ohne Spielregeln wirtschaften, kommen Menschen zu Schaden. Ich bin begeistert von der Initiative, weil sie dieses Problem auf Systemebene angeht und notwendige Regeln schafft. Ich bin sicher, dass dieses Ziel jede Minute Einsatz wert ist. »

Benjamin Steinweg, 34, Regionalgruppe Bern



## Unsere Argumente für ein Ja!

### 1. Die Initiative fordert eine Selbstverständlichkeit

Wenn Konzerne auf Kinderarbeit setzen oder Flüsse verschmutzen, sollen sie dafür geradestehen.

### 2. Die Initiative geht Missstände an

Skrupellose Konzerne vergiften das Trinkwasser, vertreiben Menschen und zerstören ganze Landstriche. Die Konzernverantwortungsinitiative schafft endlich klare Regeln, um diesem Verhalten einen Riegel vorzuschieben.

### 3. Keine Vorteile durch Verantwortungslosigkeit

Die meisten Unternehmen halten sich an die Regeln. Einige Konzerne setzen sich jedoch über Umweltstandards hinweg und ignorieren Menschenrechte. Sie verschaffen sich durch Verantwortungslosigkeit

Konkurrenzvorteile. Um das zu unterbinden, braucht es die Konzernverantwortungsinitiative.

### 4. Freiwilligkeit reicht nicht

Die Erfahrung zeigt, dass freiwillige Massnahmen allein Verletzungen von Menschenrechten oder Umweltstandards nicht verhindern. Deshalb braucht es die Initiative mit ihren klaren Regeln.

### 5. Der Schweizer Wohlstand darf nicht auf Menschenrechtsverletzungen beruhen

Unser Wohlstand fusst auf Werten wie Verantwortung und Anstand. Es sind vor allem transnationale Konzerne wie der Rohstoffkonzern Glencore, welche diese Werte mit Füßen treten. Diese Konzerne sollen für solches Handeln haften.

## Unsere Antworten auf die Behauptungen der Gegner

### 1. Investitionsrückgang schadet den Menschen vor Ort

**Die Behauptung:** Die Initiative würde dazu führen, dass Investitionen im Ausland für Schweizer Unternehmen unattraktiv werden. Chinesische Unternehmen werden dann übernehmen. Dies schadet der lokalen Bevölkerung.

**Unsere Antwort:** Ein Blick über die Landesgrenze zeigt, dass klare Regeln nicht zu weniger Investitionen führen. Zwei der weltweit grössten Rohstoffkonzerne haben ihren Hauptsitz in Grossbritannien, wo Konzerne bereits heute für Schäden haftbar gemacht werden können.

### 2. Ein «Ja» führt zu höheren Kosten für Konsumenten und Konsumentinnen

**Die Behauptung:** Die Initiative verursacht durch die geforderte Bürokratie hohe Kosten. Das führt zu höheren Preisen für Schweizer Konsumierende.

**Unsere Antwort:** Die Initiative führt nicht zu mehr Bürokratie. Denn wer keine Menschenrechte oder Umweltstandards verletzt, hat nichts zu befürchten und kann weiterarbeiten wie bisher. Deshalb unterstützen auch bereits über 100 Unternehmerinnen und Unternehmer die Initiative.

### 3. Die Initiative ist wirtschaftsfremd und unrealistisch

**Die Behauptung:** Die geforderte umfassende Sorgfaltsprüfung bedeutet, dass alle Geschäftsbeziehungen bis ins Detail ausgeleuchtet werden müssen. Das ist zwar gut gemeint, aber völlig wirtschaftsfremd und unrealistisch.

**Unsere Antwort:** Für die meisten Schweizer Unternehmen ändert sich nichts, weil sie schon heute anständig arbeiten. Mit der Initiative soll aber gesetzlich sichergestellt werden, dass auch dubiose Konzerne nicht länger

die Augen davor verschliessen können, was in ihren Tochtergesellschaften passiert. Konzerne, die auf Kinderarbeit setzen oder Flüsse verschmutzen, sollen dafür geradestehen müssen.

### 4. Die Initiative schadet den KMU

**Die Behauptung:** Konzerne werden die umfassenden Überwachungs- und Kontrollpflichten an ihre KMU-Zulieferer weitergeben. Die Initiative schadet so den KMU.

**Unsere Antwort:** Die Grosskonzerne versuchen mit Angstmacherei davon abzulenken, dass für sie neu klare Regeln gelten und sie zur Verantwortung gezogen werden. KMU sind nicht betroffen, und die Haftung gilt nicht für einfache Zulieferer. Die Sorgfaltsprüfungspflicht und eine allfällige Haftung liegen klar beim Konzern.

### 5. Die Initiative sieht eine schädliche und weltweit einmalige Haftungsbestimmung vor

**Die Behauptung:** Die Initiative will eine weltweit einmalige Haftungsbestimmung einführen. Die geforderte Beweislastumkehr führt zu einer Klagewelle.

**Unsere Antwort:** Die Initiative baut auf dem bestehenden Schweizer Zivilrecht auf. Im Zivilrecht muss immer der Kläger einen Schaden nachweisen, hier also die durch einen Konzern geschädigte Person. In vielen anderen Ländern ist das längst Tatsache. Ein Beispiel aus Kanada: Sicherheitsmänner des Rohstoffkonzerns Hudbay haben elf Frauen in Guatemala vergewaltigt und Indigene von ihrem Land vertrieben. Diese können nun in Kanada auf Wiedergutmachung klagen. Die Initiative verlangt bloss, was in anderen Ländern bereits möglich ist.

# «Die Fahnen sind eine basisdemokratische Machtdemonstration»

Auf seinem Twitter-Account hebt hinter dem Namen das bekannte Raketen-Emoji ab: Was bei anderen pubertär oder prahlerisch wirken würde, passt bei Daniel Graf. Dies nicht nur, weil er unsere direkte Demokratie mit der Unterschriften-Sammelplattform WeCollect ins digitale Zeitalter katapultiert hat. Als «Game Changer», so der Name seiner Beratungsfirma, ist der frühere Gewerkschaftssekretär und Sprecher von Amnesty International gefragter Experte für politische Kampagnen im Netz, in den Medien und auf der Strasse. Und somit der ideale Mann für eine kritische Würdigung der Konzernverantwortungsinitiative, kurz Kovi, und ein paar Tipps für die vermutlich bald anlaufende Abstimmungskampagne.

INTERVIEW: OLIVER CLASSEN



**Welche Rolle hat die Kovi-Kampagne für deine Projekte gespielt?**

**Daniel Graf:** Eine ganz entscheidende. Und zwar von Beginn weg. Denn für Kovi hat Amnesty ja erstmals elektronisch Unterschriften gesammelt. Der Erfolg dieses Experiments, dem viele damals noch skeptisch gegenüberstanden, hat mich später zur Konzeption von WeCollect bewegt.

**Dass die nötigen 120 000 Unterstützenden damals rekordschnell zusammenkamen, war aber primär den analogen Sammelaktionen der breiten Trägerschaft zu verdanken – und nicht zuletzt den Mitgliedern von Public Eye, die alleine einen Viertel der nötigen Unterschriften organisierten.**

Stimmt. Doch noch viel wichtiger war das richtige Thema zur richtigen Zeit. Mit ihrer Kernforderung nach Rückgewinnung des Primats der Politik über die Wirtschaft konnte und kann die Initiative schweizweit viele globali-

sierungskritische Kräfte neu bündeln und mobilisieren. Ganz ähnlich wie die Klimastreiks heute die zersplitterte Umweltbewegung über alle Landesgrenzen hinweg eint und inspiriert.

**Fungiert «Konzernverantwortung», die ja auch die Respektierung von Umweltstandards beinhaltet, also als eine Art Brücke zwischen Globalisierungskritik und Klimaprotest?**

Sicher ist: Kovi- wie Klima-Aktivismus fokussieren auf die gegenüber einem epochalen Problem untätige Politik. Im Zentrum steht dabei hier wie dort die Frage nach den Schweizer Hebeln für die Behebung dieser Missstände. Bei den Blockade-Aktionen bei CS und UBS wurde eine Schnittstelle der beiden Themen gerade deutlich sichtbar.

**Darf man daraus für den Abstimmungskampf schliessen, dass sich Kovi und Klima – thematisch wie aktivistisch – gegenseitig verstärken werden?**

Bewegungen lassen sich genauso wenig zerstören, wie sie sich kontrollieren lassen. Das ist ja das Schöne, aber auch Schwierige an ihnen (lacht). Ich glaube, es ist zielführender, auf die Eigendynamik der Anliegen und ihrer Anhängerschaft zu vertrauen, als sie strategisch steuern zu wollen. Solche gesellschaftspolitischen Wellen gehen fliessend ineinander über und sind viel grösser und wirkungsvoller, als auch die beste NGO-Allianz es je organisieren könnte.

**Also können wir das Kampagnensekretariat getrost schliessen und uns, als Public Eye, wieder anderen Dossiers zuwenden?**

Nein, bitte nicht. Die einmalig breite Trägerschaft hat der Sache und den dafür empfänglichen Menschen natürlich mächtig Schub und vor allem auch einen klaren Kompass gegeben. Doch wie immer in der Politik ist letztlich auch hier alles eine Frage des Timings.



### **Dass nichts mächtiger ist als eine Idee, deren Zeit gekommen ist, wusste ja schon Victor Hugo.**

Deshalb ist es aber nicht weniger richtig: Ein historisches Momentum wie jenes für Kovi oder die Klimadebatte lässt sich wohl relativ früh erkennen und allenfalls auch instrumentalisieren, aber nicht wirklich beeinflussen.

### **Vor dem Hintergrund der Klimaproteste könnte sich die Verzögerung der Abstimmung durch das ewige Hin und Her mit dem Gegenvorschlag im Parlament also als Vorteil für die Kampagne erweisen.**

Genau. Denn jetzt profitiert ihr von einer aussergewöhnlichen Dynamik: Anders als anderen Initiativkampagnen ist es Kovi nämlich gelungen, nach der Sammelphase mit ihren vielen Aktionen und der klaren, aber klassischen Zielsetzung von 100 000 Unterschriften in der öffentlichen Aufmerksamkeit nicht abzusacken, sondern noch an Sichtbarkeit zuzulegen.

### **Meinst du damit die Produktion und Distribution von Fahnen und Taschen?**

Ja, aber nicht nur. Eine wichtige Rolle spielt auch der frühe und systematische Aufbau eines nationalen Netzes an lokalen Diskussions- und Aktionsgruppen. So wurde aus einer klassischen NGO-Initiative eine echte Schwarm-Kampagne, die auch dank immer wieder neuer und medial gut inszenierter Skandalfälle eine starke Online-Präsenz hatte.

### **Wichtig war und bleibt doch aber auch die Offline-Sichtbarkeit auf den Balkonen von Herrn und Frau Schweizer.**

Diese Fahnen sind eine basisdemokratische Machtdemonstration, die so eindrücklich ist, dass wir sie für die Gletscherinitiative kopiert haben (lacht). Das Verrückte und Geniale ist ja, dass Tausende Menschen zu Hause und in der Nachbarschaft «Flagge zeigen», obwohl noch gar keine Abstimmungskampagne läuft! Das zeigt, dass es hier um viel Grundsätzlicheres als nur um irgendeine Gesetzesänderung oder Verfassungsanpassung geht. Viele eurer Fahnen hängen in Haushalten, die sich erstmals politisch exponieren und dieses Thema offenkundig persönlich nehmen.

### **Das Schwarm-Potenzial von Kovi zeigt sich also nicht nur im Internet, sondern auch im öffentlichen Raum.**

Und wie. Dieses orange Fanal dokumentierte die Bereitschaft von weit über die üblichen zivilgesellschaftlichen Kräfte hinaus reichenden Kreisen, sich für die vorher skizzierte Grundsatzfrage zum Geschäftsmodell

Schweiz zu engagieren. Und das notabene vor den Klimademonstrationen, die diesbezüglich natürlich ein Quantensprung waren, von denen Kovi nun aber wieder profitieren kann.

### **Fragt sich bloss, wie.**

Der Klimastreik hat innert Monaten eine neue Generation aktiviert. Deren Kernbefund lautet: Die Politik hat versagt. Genau hier setzt ja auch die Konzernverantwortungsinitiative an. Die Initiative fordert schliesslich einen Systemwechsel bei der Verantwortung wirtschaftlicher Akteure. Gut möglich also, dass sich die Klimabewegung in die Abstimmungskampagne einschaltet. Denn auch beim Klimawandel stellt sich die Frage der Verantwortung von Wirtschaft und Konzernen.

### **Wenn sich Bewegungen nicht steuern lassen: Was können wir als Trägerorganisation zum Abstimmungserfolg beitragen?**

Einerseits solltet ihr und eure Partner weitere Beispiele für aktuelle Menschenrechtsverletzungen durch Schweizer Konzerne liefern und damit die Notwendigkeit eures Anliegens illustrieren. Andererseits muss den Leuten möglichst früh und immer wieder klargemacht werden, dass Kovi eine historische Abstimmung ist, in der jede einzelne Stimme zählt. Anders gesagt: Je grösser die Relevanz und Dringlichkeit des Themas, desto besser die Mobilisierung auch über das linksliberale Milieu hinaus. Und ihr müsst wirklich bis ganz zuletzt kämpfen. Die meisten Initiativkampagnen brechen spätestens am letzten Tag der Briefwahl abrupt ab und vergeben auf den letzten Metern noch viel Potenzial.

### **Konkret: Sollen wir dafür mehr in kommerzielle Aussenwerbung, Fahnen-Versand oder Online-Aktionen investieren?**

Klar werdet ihr auch Plakate brauchen. Wichtiger und spannender finde ich aber die Frage, wie sich die Fahnenzahl verdoppeln lässt. Denn wer Flagge zeigt, zeigt auch, dass Economiesuisse zwar teure Plakatwände zu pflastern kann, private Balkone und Gartenzäune aber die Volksmeinung repräsentieren und deshalb ungleich wirksamer sind. Unabhängig vom Kommunikationskanal muss die Kampagne uns alle am Schluss vor die unausweichliche und alles entscheidende Frage stellen: Wollen wir weiter wissentlich wegschauen oder endlich gemeinsam etwas dagegensetzen? Ob es dabei um Menschenrechtsverletzungen durch Konzerne oder die Ursachen des Klimawandels geht, ist letztlich sekundär.